WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 18.08.2026 | Javi López

Heißes Pflaster

Europas Städte sind auf die zunehmende Hitze nicht vorbereitet. Damit sie lebenswert bleiben, braucht es eine neue Stadtplanung.

Eine Stadt ist eine Maschine, die Hitze bündelt. Genügend Asphalt, Glas und Verkehr auf engem Raum, versiegelte Böden unter dunklen Oberflächen, dazu kaum Bäume und Schatten – und schon liegen die Temperaturen um mehrere Grad über denen des Umlands. Die Hitze des Tages hält sich bis tief in die Nacht, an Schlaf ist kaum zu denken. Meteorologen sprechen vom städtischen Wärmeinseleffekt. Während des größten Teils des vergangenen Jahrhunderts war dieser vor allem ein Ärgernis. Doch da Hitzewellen in Europa immer häufiger auftreten und die Durchschnittstemperaturen weiter steigen, wird er zu etwas anderem: zur Trennlinie zwischen einer Stadt, die im Sommer lediglich unangenehm ist, und einer, die für einen wachsenden Teil ihrer Bevölkerung unbewohnbar wird.

Entscheidend an dieser „Maschine“ ist: Wir haben sie selbst gebaut. Diese Hitze ist nicht einfach ein besonderes Wetter, das uns der Himmel beschert, sondern auch das Ergebnis unserer eigenen Stadtplanung – und diese lässt sich verändern. Darin liegt der Unterschied zwischen einer Katastrophe, die über uns hereinbricht, und einem Problem, gegen das wir etwas tun können. Der Sommer 2026 hat uns endgültig jede Ausrede genommen, etwas anderes zu behaupten. Westeuropa erlebte den heißesten Juni seit Beginn der Aufzeichnungen. In Deutschland wurde an drei aufeinanderfolgenden Tagen der nationale Temperaturrekord gebrochen, am Ende wurden 41,7 Grad Celsius erreicht. Auch Großbritannien verzeichnete an drei Tagen in Folge einen neuen Juni-Rekord – zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert.

Anfang Juli wurden in meiner Heimatstadt Barcelona am Fabra-Observatorium 40,5 Grad Celsius gemessen – der höchste Wert seit Beginn der Messungen vor 112 Jahren. Einer ersten Schätzung zufolge starben allein in einer Woche Ende Juni europaweit mehr als 20 000 Menschen. Die offizielle europäische Überwachung der Sterblichkeit hat inzwischen mindestens 10 000 zusätzliche Todesfälle bestätigt, die überwiegende Mehrheit davon bei Menschen über 65 Jahren. Hinter

diesen Zahlen verbirgt sich all das, was keine Statistik abbildet: überfüllte Notaufnahmen, Waldbrände, Straßenbeläge, die sich in der Sonne verformen, und Wohnungen, in denen die Temperatur nie weit genug sinkt, um Erholung zu ermöglichen.

Europa erwärmt sich schneller als jeder andere Kontinent – etwa doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt. Die Hitzewelle ist längst kein einzelnes Ereignis mehr, sondern zu einer ganzen Jahreszeit geworden. Die Wissenschaft hat den Konjunktiv schon lange hinter sich gelassen. Wir sprechen nicht mehr über eine Bedrohung in der Zukunft, sondern über das Klima, in dem wir bereits leben.

Die Klimapolitik abzuwickeln, würde Europa gleichzeitig heißer, ärmer, weniger wettbewerbsfähig und ungerechter machen.

Und ausgerechnet während der Kontinent unter der Hitze ächzt, hat sich ein großer Teil der europäischen Rechten dafür entschieden, die Fakten zu ignorieren. Politiker, die noch vor wenigen Jahren die Notwendigkeit einer ökologischen Transformation anerkannten, rücken zunehmend ins Lager der Klimaleugner am äußersten rechten Rand. Sie machen den europäischen *Green Deal* zum Sündenbock für jedes Ärgernis und behandeln den wissenschaftlichen Konsens wie eine lästige Wahrheit, die man einfach beiseitewischen kann. Das ist ein historischer Akt der Verantwortungslosigkeit. Wohlstand ist auf einem Kontinent, der jeden Sommer unbewohnbarer wird, nicht möglich. Die Klimapolitik abzuwickeln, würde Europa gleichzeitig heißer, ärmer, weniger wettbewerbsfähig und ungerechter machen.

Europa muss deshalb seine Emissionen weiter senken. Jede Tonne Kohlendioxid, die wir vermeiden, erspart uns zusätzliche Erwärmung, und die Dekarbonisierung bleibt unser wichtigstes Instrument. Doch Emissionsminderung allein reicht längst nicht mehr aus. Das entscheidende Projekt des kommenden Jahrzehnts besteht darin, die Orte, an denen wir tatsächlich leben, an das Klima anzupassen, das längst da ist. Und genau hier wird Klimapolitik plötzlich von einer abstrakten Debatte über CO_2-Konzentrationen zu etwas, das jeder vor seiner eigenen Haustür sehen kann.

Neugestaltung bedeutet, das städtische Gefüge selbst als überlebenswichtige Infrastruktur zu begreifen – die während einer Hitzewelle ebenso entscheidend ist wie Krankenhäuser oder

Stromleitungen. Gebäude müssen so saniert werden, dass sie kühl bleiben, ohne das Stromnetz zu überlasten; Dächer und Fassaden sollten grün statt schwarz sein. Schatten muss gezielt wieder Teil des Straßenraums werden, statt ein stilles Privileg wohlhabender Viertel zu bleiben. Wir brauchen mehr Bäume – und sie müssen an den richtigen Stellen stehen. Straßenbeläge sollten Hitze reflektieren, statt sie zu speichern, und Böden durchlässig genug sein, um das Wasser aufzunehmen, wenn der Regen schließlich als Sturzflut kommt. Grüne Korridore müssen die Luftzirkulation ermöglichen. Von jeder Haustür aus sollte innerhalb weniger Minuten ein kühler Rückzugsort erreichbar sein. Und wir brauchen die nötigen Daten, um die gefährlichsten Straßen vor der nächsten Hitzewelle zu identifizieren – nicht erst nach den Beerdigungen.

Denn Hitze ist nicht demokratisch. Am härtesten trifft sie Menschen in schlecht isolierten Wohnungen, diejenigen, die im Freien arbeiten, und jene, die keine Grünfläche in ihrer Nähe haben. Eine Stadt an den Klimawandel anzupassen, bedeutet deshalb nicht nur, sie grüner zu machen. Es bedeutet auch zu entscheiden, wen sie schützt. In einem heißeren Europa wird Schatten damit ebenso zu einer Frage der sozialen Gerechtigkeit wie zu einer Frage der Stadtplanung – und sein Fehlen zu einer stillen Form der Ungleichheit.

Der Klimawandel wird auch mit Stadtplanung bekämpft.

Barcelona verfolgt diesen Weg seit Jahren: mit verkehrsberuhigten Superblocks, grünen Achsen, einem größeren Baumbestand, einem Netz aus kühlen Rückzugsorten, weniger Asphalt und mehr Schatten – und mit einem öffentlichen Raum, der die Gesundheit der Menschen schützen soll, statt lediglich den Autoverkehr abzuwickeln. All das verlief keineswegs reibungslos. Ein Wandel dieser Größenordnung führt zwangsläufig zu Auseinandersetzungen und muss ständig nachjustiert werden – meine Stadt bildet da keine Ausnahme. Doch Barcelona hat früh verstanden, was weite Teile Europas erst jetzt erkennen: Der Klimawandel wird auch mit Stadtplanung bekämpft, in der ganz alltäglichen Geometrie unserer Straßen.

Europa sollte dies zu einer kontinentalen Priorität machen. So wie es einst den Binnenmarkt, Erasmus und den Wiederaufbaufonds *NextGenerationEU* geschaffen hat, braucht es nun eine europäische Strategie für die Anpassung der Städte an den Klimawandel: zur

Finanzierung der energetischen und thermischen Sanierung von Gebäuden, zur Festlegung von Standards für den öffentlichen Raum, zur Förderung naturbasierter Lösungen und zur Unterstützung der Städte und Gemeinden an vorderster Front, deren finanzielle Mittel der Größe der Aufgabe fast nie gerecht werden. Das ist keine kommunale Verschönerungsmaßnahme. Es ist Industrie-, Gesundheits- und Sozialpolitik zugleich – und entspricht damit genau jener Größenordnung politischer Ambition, bei der Europa stets am stärksten war.

Wir können nicht verhindern, dass die Temperaturen im nächsten Sommer erneut die 40-Grad-Marke erreichen. Aber wir können noch entscheiden, worauf die Hitze dann trifft: auf Städte, die für ein vergangenes Jahrhundert gebaut wurden, oder auf Städte, die auf das Jahrhundert vorbereitet sind, in dem wir leben. Die Gebäude und Straßen, die wir in den kommenden 20 Jahren errichten, werden im Jahr 2100 noch stehen. Sie nach den Maßstäben der Vergangenheit zu planen, bedeutet, sie schon vor ihrer Fertigstellung der Überalterung preiszugeben.

Diese wenig glamourösen Weichen werden nicht auf Gipfeltreffen gestellt, sondern in Planungsämtern und kommunalen Haushalten – und doch gehören sie zu den wichtigsten politischen Entscheidungen unserer Zeit.

© Social Europe



Javi López

Javi López ist seit 2014 für die spanischen Sozialisten (PSC-PSOE) Mitglied im Europäischen Parlament. Seit 2024 ist er Vizepräsident des Europäischen Parlaments.